

Aargauer Volksinitiative

## Strafe, Anreiz oder Symbolpolitik? Hitzige Debatte um Sozialhilfe-Kürzung



Von Claudia Meier

18.02.2026, 18.09 Uhr

Der Abstimmungskampf kommt in die heisse Phase. Pro- und Kontra-Lager diskutieren zusammen mit Sozialvorsteher Jean-Pierre Gallati über die kantonale Volksinitiative «Arbeit muss sich lohnen». Für die Vorlage der Jungen SVP gibt es keinen Support aus dem Publikum.

### Darum geht es

- Das Aargauer Stimmvolk entscheidet am 8. März über die Initiative «Arbeit muss sich lohnen» der Jungen SVP.
- Gegner der Initiative haben Pro- und Kontra-Lager zu einem Podium eingeladen.
- SVP-Regierungsrat Jean-Pierre Gallati spricht von einer «Scheinlösung für ein Scheinproblem».



Startseite



Region



Anmelden



Menü

Der Titel der kantonalen Initiative «Arbeit muss sich lohnen» sei eine Frechheit, sagt Grossrat Hans-Peter Budmiger, als er am Dienstagabend den Rathaussaal in Wettingen betritt. Der Grünliberale sitzt seit 20 Jahren im Gemeinderat Muri. Er hat schon viele Sozialfälle gesehen, aber nur ein einziges Mal miterlebt, wie eine Person trotz angedrohter Massnahmen während Jahren nicht kooperierte. Ein solcher Fall sei wie ein glitschiger Fisch, den man nicht fassen könne, so Budmiger. Die Person blieb in der Sozialhilfe.

Genau das will die kantonale Initiative der Jungen SVP, über die das Aargauer Stimmvolk am 8. März entscheidet, künftig verhindern. Wer länger als zwei Jahre ununterbrochen Sozialhilfe bezieht, soll eine Beitragskürzung um mindestens 5 Prozent erfahren. Das Gegnerkomitee – bestehend aus den Parteien SP, Mitte, Grüne, GLP und EVP sowie den Verbänden Arbeit Aargau, Caritas, Netzwerk Sozialer Aargau – hat für die Meinungsbildung zu einer kontroversen Podiumsdiskussion eingeladen. Die langen Stuhlreihen im Rathaussaal füllen sich rasch. Unter den gut 60 Gästen sind auch viele junge Politikinteressierte.

Auf der Pro-Seite verteidigen Benjamin Blülle, Präsident Junge SVP Aargau, und FDP-Grossrat Adrian Schoop die Initiative. Gegen die Vorlage sprechen sich SVP-Regierungsrat Jean-Pierre Gallati und SP-Grossrätin Lea Schmidmeister aus. Ebenso Daniel Lüscher, Co-Präsident Verband Aargauer Gemeindesozialdienste, der aufzeigt, wie die Initiative umgesetzt würde. Moderator Mathias Küng öffnet später die Runde fürs Publikum.





Diskutieren über die Sozialhilfe im Aargau (v. l.): Adrian Schoop, Benjamin Blülle, Moderator Matthias Küng, Lea Schmidmeister, Jean-Pierre Gallati und Daniel Lüscher.

Bild: Sandra Ardizzone

Die Sozialhilfequote, also das Verhältnis der Sozialhilfebeziehenden zur ständigen Wohnbevölkerung, im Kanton ist 2024 auf 1,6 Prozent gesunken. Schweizweit lag sie bei 2,9 Prozent. Seit 2018 sinkt die Quote im Aargau kontinuierlich. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen macht rund ein Drittel aller Sozialhilfebeziehenden aus.

2. Was spricht gegen die Initiative? ↓

3. Was bedeutet die Initiative für die Gemeinden? ↓

4. Ist es ein Scheinproblem? ↓

- 5. Was wäre die Lösung? ↓
- 6. Was hilft gegen Missbrauch? ↓
- 7. Wie würde die Initiative umgesetzt? ↓
- 8. Wie sind die Reaktionen im Publikum? ↓

## Warum braucht es diese Initiative?

Für Benjamin Blülle ist die Sozialhilfe zwar ein wichtiges Auffangbecken. Je länger man drin sei, desto schwieriger sei es, wieder herauszukommen. Das bestätige auch die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Deshalb habe die Junge SVP die Initiative lanciert, um für die Erwerbsarbeit einen Anreiz zu schaffen. Damit die Vorlage nur Erwerbsfähige treffe, sind Ausnahmen vorgesehen. Adrian Schoop ist ehemaliger Gemeindeammann von Turgi. Er betont, dass Sozialhilfe keine Rente sei. Die vorgesehene Kürzung von 5 Prozent sei vertretbar. «In zwei Jahren kann man eine Anlehre machen oder sich weiterbilden», so Schoop. Wenn man sieben Jahre vom Staat lebt, kann man auch mit einer minimalen Kürzung leben.



FDP-Grossrat Adrian Schoop: «Sozialhilfe ist keine Rente.»

Bild: Sandra Ardizzone

## Was spricht gegen die Initiative?

Lea Schmidmeister sagt: «Sozialhilfe ist für Notlagen gedacht und Notlagen können länger als zwei Jahre dauern.» Die Sozialarbeiterin betont, dass man heute schon Kürzungen vornehmen könne, wenn sich jemand nicht an die Vorgaben halte. Für Sozialvorsteher Jean-Pierre Gallati stellt die Initiative ein Scheinproblem dar, das es nicht gibt, das mit einer Scheinlösung behoben werden soll. In 5 von 100 Fällen würden heute schon Sanktionen gemacht. Unter dem Strich würde die Umsetzung der Initiative mehr Kosten verursachen als Einsparungen bringen.



SVP-Regierungsrat Jean-Pierre Gallati spricht von Symbolpolitik.

Bild: Sandra Ardizzone

## Was bedeutet die Initiative für die Gemeinden?

Aus fachlicher Sicht ist es für Daniel Lüscher zentral, die Ursachen für den Langzeitbezug in der Sozialhilfe zu verstehen. Doch die Initianten machten keine Ursachenanalyse. Gemäss SKOS spricht man nicht ab zwei, sondern erst ab drei Jahren von einem Langzeitbezug. Nach zwei Jahren haben sich 50 Prozent der Bezüger aus der Sozialhilfe verabschiedet und sind wieder integriert, nach drei Jahren seien es 66 Prozent, so Lüscher.

«Langzeitbezug ist grundsätzlich ein strukturelles Problem.» Als Hauptursachen nennt er Verschärfungen beim Arbeitslosengesetz und bei der IV. Wer sich für Sozialhilfe anmeldet, muss zuerst das Vermögen aufbrauchen. Und schliesslich sind die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt gestiegen. Die Hälfte der Sozialhilfeempfänger hat keinen nachobligatorischen Schulabschluss.



Benjamin Blülle, Präsident Junge SVP Aargau, ist vom Nutzen der Initiative überzeugt.

Bild: Sandra Ardizzone

## Ist es ein Scheinproblem?

Benjamin Blülle sagt, es sei oft schwierig, unkooperatives Verhalten nachzuweisen, um Sanktionen einzuleiten. Den Initianten geht es um einen Automatismus, der zur Anwendung kommen soll. Adrian Schoop bringt ein Beispiel aus seinem Betrieb, wo er einen kranken Mitarbeiter umschulen und weiterbeschäftigen konnte.

## Was wäre die Lösung?

«Wissenschaftlich gibt es keinen Zusammenhang zwischen Kürzung und Anreiz zur Arbeit», sagt Lüscher. Am Schluss treffe die Initiative jene, die sich kaum wehren könnten, sagt Lea Schmidmeister. Eine Kürzung von 53 Franken sei je nach Haushaltsbudget viel. Für sie zählen Integrationsarbeiten. In der Sozialhilfe spare man mit genügend Personal.



SP-Grossrätin Lea Schmidmeister weiss, wie wichtig persönliche Gespräche mit Sozialhilfeempfängern sind.

Bild: Sandra Ardizzone

## Was hilft gegen Missbrauch?

Jean-Pierre Gallati verweist auf ein Beispiel aus dem Kanton Aargau. Mit der Einführung des Observationsparagrafen im Sozialhilfegesetz erwartete er selbst, Missbrauch bekämpfen zu können. Im Jahr 2023 wurden zwei Observationen im Kanton durchgeführt. Eine führte zu Kürzungen in einer Gemeinde. Im Jahr 2024 gab es eine Observation, bei der sich der Verdacht nicht bestätigte.

## Wie würde die Initiative umgesetzt?

Die Initianten haben das Vertrauen in die Regierung, dass sie den Paragrafen gut umsetzen würde. «Man muss alle Fälle regelmässig überprüfen», sagt Daniel Lüscher. Sobald jemand einen Sprachkurs macht, würde eine allfällige Kürzung wieder aufgehoben. Lüscher arbeitet beim Sozialdienst Kaiseraugst: «Wir haben relativ viele über 55-jährige Bezüger.

keine Sozialhilfe bezogen hat?» Das sei technisch nicht möglich. Bei ausserkantonalen Aufenthalten müsste man zusätzlich Gesuche stellen. Der Aufwand wäre enorm. Dafür gebe es kein Computerprogramm.



Daniel Lüscher, Co-Präsident Verband Aargauer Gemeindesozialdienste, fand in Kaiseraugst ein Fall, der von der Initiative betroffen wäre. Eine 82-Jährige.

Bild: Sandra Ardizzone

## Wie sind die Reaktionen im Publikum?

Aus dem Publikum meldet sich niemand, der die Initiative gut findet. Vizegemeindepräsident Werner Amsler aus Oftringen sagt, er verstehe nicht, warum FDP und SVP die Sozialhilfe schwächen wollen. Von der Jungen SVP will er wissen, wie viele von der Initiative betroffen wären, wenn man alle Ausnahmen abziehe. Benjamin Blülle kann keine genaue Zahl nennen. Es gehe um den Leistungsansatz. Wer ungerechtfertigt Sozialhilfe bezieht, solle eine Kürzung erfahren. Der Verband geht laut Lüscher davon aus, dass pro Gemeinde höchstens eine Person von der Initiative betroffen wäre. Das heisst knapp 200 Menschen im Kanton.

mehr Jobs?» Mitte-Grossrätin Edith Saner stört sich an der Kompetenzbeschneidung der Gemeindeangestellten, die einen guten Job machen, falls die Initiative angenommen würde. «Wir brauchen kein zusätzliches Instrument und mehr Bürokratie. Wir wollen ja alle, dass die Leute aus der Sozialhilfe kommen.»

## 1 Kommentar



### PLatzhalter SLK

vor 2 Stunden

Sogar der SVP Regierungsrat ist gegen die Initiative. Ein Scheinproblem mit einer Scheinlösung, sagte Herr Gallati. Kommt das, so wird es effektiv teurer statt billiger. Die JSVP sollte lieber etwas einmal durchdenken, statt zu poltern

**0 Empfehlungen**

[Alle Kommentare anzeigen](#)



Aarau

## Das Geheimnis ist gelüftet: Dieser Laden zieht in die ehemalige Credit-Suisse-Filiale

19.02.2026



Startseite



Region



Anmelden